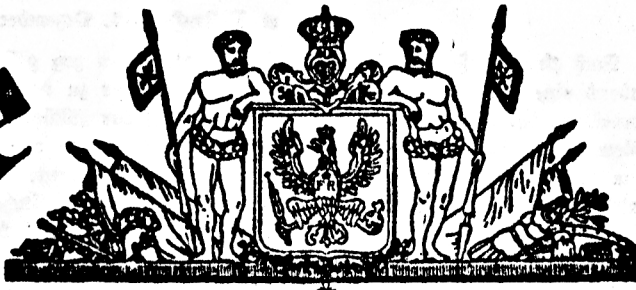


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder viertelj. 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Aufklärung der Freitags-Vorgänge.

Bekanntmachung der Regierung.

An den öffentlichen Anschlagtafeln erschien gestern folgende Bekanntmachung:

An die Bevölkerung Berlins!

Der Rat der Volksbeauftragten hat bis jetzt festgestellt können, daß der Auftrag zur Festnahme des Volksgenossen dem Vizefeldwebel Fischer von einem gewissen Marten und zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, Graf Matuschka und von Rheinbaben, erteilt worden ist. Marten ist ebenso wie Fischer verhaftet worden. Die beiden anderen sind flüchtig, ihre Verhaftung ist angeordnet.

Die Truppen, die in der Chausseestraße gegen den Demonstrationszug das Maschinengewehrfeuer gerichtet haben, waren von einem Mitgliede des Soldatenrats beim Generalkommando, namens Krebs, aufgeboten worden. Auch gegen Krebs ist eingeschritten worden.

Der Rat der Volksbeauftragten, der sofort alles geteilt hat, um die Mitglieder des Volksgenossenschaftsrates zu befreien, die Antastung ihrer Freiheit, sowie das entsetzliche Blutvergießen in der Chausseestraße zu sühnen ist entschlossen, gegen jede Androhung und Verübung von Gewalttätigkeiten vorzugehen, von welcher Seite sie auch kommen.

Berlin, 7. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten

gez. Ebert, Haase, Dittmann, Scheidemann, Landsberg.

Die Aufklärung, die die Urheberhaft der Verhaftung der Volksgenossenschaftsmitglieder durch die Reichsregierung findet, entwirrt dieses Zwischenstück der Revolution aller ernsthaften politischen Beweggründe. Die jungen Herren aus dem Auswärtigen Amt, die ihre Finger da in Dinge gesteckt haben, die sie gar nicht angehen sollten, scheinen sich der Tragweite ihrer Handlungen nicht recht bewußt gewesen zu sein. Ihre Handlung ist leider ein Beweis dafür, daß diese Machiavellis in der Westentasche noch immer den alten Geist des Auswärtigen Amtes für nachahmenswert halten. Denn was sie taten, ist Geist von dem Geist, der sich während der Krieger Jahre im Auswärtigen Amt zeigte, wenn die Herren Verschönerungen, Bombenattentate und Pressebestechungen in fremden Ländern in Szene setzten. Die waren nicht nur stets vom politischen Standpunkt aus nicht ausgedacht, sondern sie wurden auch meist kurz vor oder nach der Tat aufgedacht. Und sie haben dem Deutschen Reich stets außerordentlich geschadet. Ihr Ruhen stand im umgekehrten Verhältnis zu den Geldsummen, die auf diese Weise verschleudert wurden.

Dieser kindliche Putzversuch hat aber auch eine sehr ernste Seite. Man muß ihn äußerlich von den traurigen blutigen Vorgängen trennen, die sich vorgestern nachmittag in der Chausseestraße abspielten. Über beide Vorgänge stehen doch innerlich in einem gewissen Zusammenhang. Alle Versuche, mit Waffengewalt einen Terror zu etablieren, ganz gleichgültig, von welcher Seite sie erfolgen, wachsen aus dem gleichen Boden: der Untätigkeit der Reichsregierung und ihrem Zaudern, endlich einmal eine feste Zentralgewalt zu schaffen, zu der alle Teile der Bevölkerung unbedingtes Vertrauen haben. Die Putzversuche der Spartakusbunde würden wahrscheinlich schon lange der Vergangenheit angehören, wenn endlich Ordnung, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, geschaffen und damit den Elementen der Unordnung definitive die Hoffnung auf das Chaos genommen wäre, durch das sie ihre Ernte heimzubringen hoffen. Ebenso scheinen die „Verschwörer“ vom Auswärtigen Amt das ganz richtige dunkle Empfinden gehabt zu haben, daß der jetzt bestehende autoritätslose Zustand der Durcheinanderragererei für die Dauer unmöglich ist. Sie haben durch ihren Genestreich die Autorität der Volksbeauftragten befestigen wollen. Solche Idee hätte ihnen niemals kommen können, wenn die Regierung selbst das Bestreben zeigen würde, ihre Stellung zu befestigen und auszugestalten. Denn das ist in erster Linie

und sogar einzig und allein Sache der Regierung selbst. Und es ist um so unverständlicher, daß nach dieser Richtung hin noch immer alles Notwendige unterlassen wird, weil seit Jahren keine Regierung in Deutschland bestanden hat, die auch nur annähernd in gleicher Weise von rechts bis ganz weit nach links die deutsche Bevölkerung hinter sich hat.

Es soll in keiner Weise der gute Wille der Reichsregierung bezweifelt werden. Sie betont auch in der oben wiedergegebenen Rundgebung, daß sie jeder Gewalttat, von welcher Seite sie auch kommen mag, entgegengetreten wird. Aber sie bekämpft damit nur Symptome. Und zwar Symptome ihrer eigenen Schwäche. Denn wenn sie selbst das Nötige zur Begründung ihrer eigenen Handlungsfähigkeit getan hätte, so würde jede Gewalt von anderer Seite ausgeschlossen sein. So aber können sowohl die Versuche derer, die ihr schaden, als derer, die ihr nützen wollen, Katastrophen schaffen, deren Folgen in Tagen revolutionärer Erregung nie abzusehen sind. So kann unter Umständen sogar die Verhaftungsmaßnahme im Wegeordnetenhaus noch politische Konsequenzen haben, zu deren Bekämpfung Kraftaufwand verbraucht werden muß, der, früher angewandt, für die Regierung und für das deutsche Volk viel nützlicher gewesen wäre.

Es würde auffallen, daß die Bekanntmachung der Regierung nur fünf Unterschriften trägt. Wir wir hören, war Emil Barth bei der Abfassung der Veröffentlichung nur zufällig nicht anwesend.

(Siehe auch vierte Seite.)

Günstigere Ernährungsaussichten.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 7. Dezember.

Die Aussichten unserer Brotversorgung haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß infolge des frostfreien Wetters die Hackfruchtsernte teilweise rascher, als erwartet, beendigt wurde. Dadurch sind viele Arbeitskräfte freigegeben, so daß die Bemühungen der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände den Erfolg hatten, daß mehr Getreide als erwartet wurde, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfang aufrecht erhalten wird, werden sich die Eingänge an Brotgetreide derart steigern lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar 1919 hinaus gesichert ist.

Wenn in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß die alte Regierung über unsere Vorräte Berichte gegeben hat, die den Tatsachen nicht entsprechen haben, so erklärt sich das damit, daß zwischen Ernteschätzungen, Ernteerträgen und Ernteerfassung bedeutende Unterschiede sich stets ergeben müssen. Durch die Grippe-Epidemie, die große Erschwerung unserer Transportverhältnisse und besonders durch die politischen Ereignisse, sind in der letzten Zeit empfindliche Verzögerungen in der Ablieferung hervorgerufen worden. Unzutreffende Angaben über vorhandene Vorräte sind von keiner amtlichen Seite gemacht worden.

Frankreich in Elsaß-Lothringen.

Der Elsaß-Lothringische Landtag, der noch im Sommer eine Rundgebung der Reichstreue erließ, in der er darauf hinwies, daß neun Zehntel der Bevölkerung deutschen Stammes und deutscher Gesinnung seien, hat jetzt nach Schweizer Meldungen eine Erklärung erlassen, wonach die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich unbestreitbar und endgültig sei. Daß einer solchen Erklärung unter dem Druck der eben erfolgten Besetzung und angesichts der augenblicklichen Lage des Deutschen Reiches keine Beweiskraft für die wirkliche und dauernde Stimmung der Bevölkerung innewohnt, ist klar. Ganz abgesehen davon, daß das Selbstbestimmungsrecht stammesgemäß nur der Gesamtheit eines Volkes, nicht von einzelnen Teilen ausgeht werden kann.

Ein Weg aus der Wirrnis.

Von

Dr. Robert Rauffmann.

Räte werden gebildet, gewählt und wieder gewählt. Räte versammeln sich; Männer und Frauen versammeln sich und halten Reden. Halten Reden und fassen Entschlüsse, sprechen Vertrauen aus und Mißtrauen. Es gibt Volksbeauftragte, niemand weiß, woher sie ihren Auftrag haben, niemand hört auf sie, wenn sie telegraphieren, der Feind gibt keine Antwort, wenn sie fragen. Parteien werden gegründet und umgegründet, entwerfen Programme, verwerfen sie. Kommissionen tagen über Sozialisierung, über Reformen aller Arten; auch sie werden Programme entwerfen, vielleicht sogar Schritte tun und wieder zurück. Eine Nationalversammlung wird eingesetzt, und in zahllosen Paragraphen besser Friedensware wird bestimmt, wie das geschehen soll.

Das ist alles Spinnweb. Die Wirklichkeit ist anders. Ueber Wilson hinweg beraten Engländer und Franzosen die Ohnmacht und Zerstückelung des deutschen Volkes und die Schuldnerschaft seiner Bürger auf Generationen; nicht mehr das Ob (das ist ihnen längst entschieden), bloß noch das Wie.

Das deutsche Heer, das kunstvolle Werk von Jahrhunderten, ist über jede Hoffnung einer Auferstehung auch auf erneuten Grundlagen hinaus zerstört; die Wehrlosigkeit Deutschlands ist unwiderruflich.

In einem letzten Ausschrei gibt das Reichsernährungsamt kund, daß das deutsche Volk ein halbes Jahr vor der neuen Ernte nichts mehr zu essen haben wird; die Brüder über der österreichischen Grenze sind schon heute so weit.

Die deutsche Baluba ist auf die Hälfte gesunken; die deutschen Anleihen sinken ihr nach. Die deutsche Industrie arbeitet mit halber Kraft und vorwiesendsten Kosten; sie schleppt die ungeheure Last der sonst Arbeitslosen mit einem durch Unwirtschaft, Rohstoffmangel und Unsicherheit über ihre Zukunft geschwächten Körper — bis zu dem nahen Zeitpunkt, da sie zusammenbrechen wird.

Regiert wird in Deutschland nicht mehr; die Zentrale in Berlin versucht's mit theoretischen Mahnungen und freundlichen Bitten gegenüber jedem U- und S-Räten der Provinz. Diese ihrerseits kümmern sich den Teufel darum und schlagen dem Rißel der Macht gehorsam je und je die Wirtschaft der Gesamtheit für ein lokales Bedürfnis zuschanden. Die Süd- und Westdeutschen lösen sich langsam aus einem Körper, zu dem zu gehören den Tod droht, und machen aus Not trotz aller Beteuerungen mehr und mehr Politik auf eigene Faust. Jede Autorität, auch die demokratische, die der selbstbestimmten Leitung des freien Volkes zukommt, schwindet; das Chaos steht vor der Tür. Und ungehindert rüttelt an ihr, um es einzulassen, mit Fanatikern und Maschinengewehren bewaffnet, Herr Liebfredt.

Das ist die Wirklichkeit von heute: Schwanger von jedem entsehlchten Elend, das schon die nächsten Tage entbinden können. Vergleiche mit Jena sind kindlicher Optimismus; kaum ein Bild aus dem Jahre 1648 malt, was uns bevorsteht. Läßt sich das Unausprechliche noch wenden? Niemand kann's für sicher wissen. Aber eine Schande wär's und ein Beweis, daß wir auch das schlimmste Schicksal verdienen, wollten wir weiter wie versteinert alles auf uns niederregnen lassen, statt wirkend einzugreifen.

Was nützt, ist eine Regierung, die regieren kann, nicht bloß betreiben; eine Regierung, die dem Ausland und Inland gegenüber getragen ist von dem anerkannten erkennbar gewordenen Willen geordneter Volksinstanzen, und die das Recht und die physische Möglichkeit hat, zu verhandeln und zu handeln. Eine solche Regierung haben wir nicht, wie uns jede Stunde beweist; die Nationalversammlung, die sie uns geben sollte, liegt noch zehn unendlich lange Wochen vor uns (und wenn's bloß vier oder sechs Wochen wären, wär's auch zu lange). Wir brauchen etwas, was schon vorhanden ist, und was in seiner Rechtmäßigkeit von niemand, auch vom Feinde, nicht bestritten werden kann; und wir haben es: Reichstag und Bundesrat. Der Bundesrat wird heute von den Volksrepubliken der Einzelstaaten instruiert; kein Mensch braucht Reaktion von ihnen zu befürchten. Der Reichstag ist unter dem bis vor kurzem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt und